



Antrag-Nr. VII-A-07427

Status: öffentlich

Eingereicht von:
AfD-Fraktion

Stammbaum:
VII-A-07427 AfD-Fraktion

Betreff:
Kommunalpolitiker vor Angriffen und Bedrohungen schützen

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung
FA Allgemeine Verwaltung
FA Jugend, Schule und Demokratie
FA Umwelt, Klima und Ordnung

13.07.2022

Verweisung in die
Gremien
1. Lesung
1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. im Hinblick auf die Kommunalwahl 2024 bis zum Ende des IV. Quartals 2022 zu prüfen und den Stadtrat zu informieren, welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen auf städtischer Ebene für aktive Kommunalpolitiker und Kandidaten für den Stadtrat und die Ortschaftsräte möglich und umsetzbar sind.
2. sich bei der Staatsregierung dafür einzusetzen, den Schutz von Kommunalpolitikern zu verbessern und ggf. einschlägige Landesgesetze zu novellieren. Dies betrifft insbesondere auch die Veröffentlichung privater Adressen im Vorfeld von Kommunalwahlen.

Sachverhalt

Der gesellschaftliche Frieden ist nicht erst in jüngster Zeit immer stärker bedroht. Immer häufiger äußert sich in den letzten Jahren außerparlamentarischer Protest aufgrund von politischen Entwicklungen, mit denen zahlreiche Menschen nicht konform gehen. Es werden Parteibüros angegriffen oder Politiker bekommen sogenannte „Hausbesuche“. Auch Kommunalpolitiker bleiben von diesen Entwicklungen nicht verschont. Dieser Entwicklung sollten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten begegnen. Der Oberbürgermeister wird daher mit vorliegendem Antrag aufgefordert, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um Menschen, die sich in Leipzig kommunalpolitisch – zumeist ehrenamtlich – engagieren, bestmöglich zu schützen. Die AfD-Stadtratsfraktion hat in diesem Zusammenhang gern zur Kenntnis genommen, dass der neue sächsische Innenminister Armin Schuster „Lokalpolitiker besser vor Angriffen und Bedrohungen schützen will“ (Zitat).

Anlage/n

Keine